

AUSSPRACHE

Wie helfen wir Afrika?

Ich komme leider erst heute dazu, zu dem Diskussionsbeitrag von *Karl Bielig* (Wie helfen wir Afrika?, GM 10/1960) Stellung zu nehmen.

Dabei will ich mich auf das Problem der Berater und Experten beschränken. Bielig sagt sehr richtig, daß „die jungen Staaten ohne Berater für die aufzubauende Verwaltung, für Industrie und Handel sehr schnell in katastrophale Schwierigkeiten kommen können“. Dies haben auch die afrikanischen Regierungen erkannt und sie machen große Anstrengungen, ausländische Fachleute in ihre Länder zu bekommen.

Dabei spielt aber die Hautfarbe für die Afrikaner fast keine Rolle. Sie wollen den wirklichen Fachmann, gleich welcher Hautfarbe. Der „weiße Mann ist unbeliebt“, sagt Bielig, und sei deshalb als Berater nicht angenehm. Unbeliebt ist in Afrika der Weiße mit kolonialistischer Einstellung, das ist alles. Es gibt nur sehr wenige Ausschreitungen gegen den weißen Mann in Afrika und fast nur noch dort, wo der Weiße noch heute als Unterdrücker auftritt. Ghana, das eine der führenden Mächte des schwarzen Nationalismus ist, hat mehr weiße Fachleute im Lande als vor der Erreichung seiner politischen Unabhängigkeit. Man verlangt von dem Weißen lediglich, daß er die afrikanische politische Führung respektiert, auf Privilegien, die mit seiner Hautfarbe zusammenhängen, verzichtet, und seine Kenntnisse und Fähigkeiten ehrlich in den Dienst des Aufbaus der jungen Nationen stellt. Afrikanischerseits wird natürlich auch dagegen Einspruch erhoben, daß weiße Fachleute Positionen besetzen, für die eigene Kräfte zur Verfügung stehen.

Der Afrikaner, der maßgeblich an der Leitung der Geschicke seines Landes beteiligt ist, weiß, daß es nicht „Weiße“ schlechthin gibt. Er sieht Briten, Franzosen, Buren, Amerikaner, Russen und Deutsche. Die Auswahl der Experten ist für ihn eine fachliche und

eine politische Frage. Der Ostblock hat bisher ebenfalls nach Afrika fast nur Weiße geschickt. Nordafrikaner, Asiaten und selbst der amerikanische Neger werden von dem schwarzen Afrikaner nicht als „Brüder“ angesehen. Es ist bezeichnend, daß im englisch-sprechenden Westafrika der Ghanese, der Nigerianer usw. nur sich als African bezeichnet, worunter er einen Afrikaner mit schwarzer Hautfarbe versteht. Und nur den amerikanischen Neger nennt er Negro.

Damit komme ich zu Bieligs Vorschlag, „auch das große Reservoir farbiger Intelligenz, besonders in den USA, für das neue Afrika zu nutzen“. Hier liegt ein Irrtum vor, nämlich, zu glauben, daß die Masse der amerikanischen Neger sich mit dem Afrikaner verbunden fühle und daß sich der Afrikaner leicht mit ihm verständigen könne. Der amerikanische Neger ist Amerikaner und will nur ein hundertprozentig anerkannter Amerikaner werden. In Afrika kommt er in eine eigenartige psychologische Situation. Dort wird ihm erst bewußt, wie wenig er kulturell und politisch mit den Menschen des Landes seiner Vorfahren zu tun hat. Dafür gibt es heute genügend literarische Zeugnisse. Er fühlt sich in Afrika vielleicht fremder als ein Europäer.

Gerade in Afrika hat es sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1960 gezeigt, daß die gleiche Hautfarbe keine Basis für eine gemeinsame Politik bildet. Was Völker und Staaten verbindet, sind gemeinsame politische, wirtschaftliche und soziale Interessen.

Was sollen wir tun? Erstens, mit unserer materiellen und personellen Hilfe es den Afrikanern ermöglichen, möglichst viele Menschen *in Afrika* auszubilden. Zweitens, einer gewissen afrikanischen Schicht die Chance geben, sich in den fortgeschrittenen Industrieländern Fachwissen anzueignen. Drittens, viele hochstehende Fachleute aus unseren Ländern nach Afrika schicken, deren Fachwissen jedoch mit der richtigen politischen und psychologischen Einstellung zum Afrikaner und seinen Problemen gepaart sein muß. „Tüchtigkeit“ allein tut es in Afrika nicht.

Herbert A. Tulatz, Überursel

Zur „Konzeption der deutschen Entwicklungshilfe“

Über den deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe ist in letzter Zeit viel geschrieben und geredet worden. Der interessierte Zeitungsleser und Rundfunkhörer hatte allerdings bei diesen Diskussionen oft das peinliche Gefühl, daß die Referenten mit dem behandelten Gegenstand nicht sehr viel besser vertraut waren als der Blinde mit der Farbe. Um so mehr ist der Aufsatz von *Prodosh Aich* im Dezemberheft 1960 zu begrüßen. Hier nimmt ein junger, mit den soziologischen und ökonomischen Bedingungen der Entwicklungsländer vertrauter Mensch aus Kalkutta das Konzept — sofern überhaupt eines vorhanden ist — der deutschen Entwicklungshilfe unter die kritische Lupe. Es ist nicht viel Erfreuliches, was dann von diesem Konzept noch übrigbleibt. Aber Aich begnügt sich nicht mit der Kritik an dem Bestehenden bzw. Nichtbestehenden. Sein Aufsatz enthält auch eine Reihe konkreter Vorschläge für einen wirksamen Ansatzpunkt der Entwicklungshilfe. Und hierzu möchte ich im folgenden einige Anmerkungen machen.

Aich lehnt mit Recht die bei uns so oft gezogenen Parallelen zwischen der Entwicklungsarbeit in den asiatischen und afrikanischen Ländern und der industriellen Entwicklung in dem Europa vor 200 Jahren als indiskutabel ab. Die Begleitumstände jener Entwicklung sind ja auch wahrlich nicht so erfreulich gewesen, daß man sie ständig als Beispiel zitieren müßte. Auch war diese Art der Entwicklung keineswegs zwangsläufig, sondern bedingt durch das bereits vor Beginn der Industrialisierung bestehende merkantilistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem. Dieses System zu übernehmen bzw. einzuführen weigern sich die Entwicklungsländer mit guten Gründen, und daß das Gegenstück dazu nun nicht unbedingt eine totale (kommunistische) Planwirtschaft sein muß, sollte 1961 keiner besonderen Betonung mehr bedürfen. Dann ist aber nicht recht einzusehen, warum Aich, der die Notwendigkeit eines „mittleren Weges“ klar erkannt hat, an dem Schema von der unbedingten Vorrangstellung der Grundindustrie festhält. Seine hierfür vorgebrachten Begründungen (wie der Mangel an geeigneten Facharbeitern *und* leitenden Personen und auch der zu geringe Devisenbestand der Entwicklungsländer) vermögen mich nicht zu überzeugen.

Der Aufbau einer Reihe mittlerer Betriebe in den verschiedensten Industriezweigen erfordert keinen sehr viel größeren Personalaufwand als die Errichtung der Großbetriebe in der Grundindustrie. Denn auch hierbei ist es ja nicht mit einigen leitenden Persönlichkeiten an der Spitze des Betriebs getan, und die „mittlere“ Führungsschicht in den Groß-

betrieben ist sicher nicht leichter auszubilden und heranzuziehen als eine Reihe von relativ selbständigen Betriebsleitern für kleinere Betriebe. Ebenso verhält es sich mit dem Devisenargument. Aich will die vorhandenen Devisen zum Aufbau der Grundindustrie verwenden, die ja dann die Anlagen für die nachgeordneten Industriezweige schaffen könnte. Er übersieht dabei, daß die Durchsetzung der Wirtschaft mit einer Reihe von Betrieben sämtlicher Industriestufen auch „Devisenbringer“ schaffen würde, während er umgekehrt die durch den einseitigen Aufbau der Grundindustrie sich einstellenden Diskrepanzen in der Wirtschaftsstruktur unterschätzt. Nur eine gleichmäßig alle Wirtschaftszweige bedenkende Förderung kann auch einen gleichmäßigen Aufbau gewährleisten, wobei die wichtigsten Investitionen hierbei der Ausbildung von Fachkräften zu dienen haben. Es ist die Aufgabe der freien Welt, den hierbei auftretenden „Devisenmangel“ durch wirksame Hilfen abzustellen.

Ruth Herfert, Bremen

„Mit der Demokratie am Ende?“

Alfred Horné entwickelt in Heft 1/1961 unter diesem Titel eine Theorie, der er den Anschein der Neuheit gibt. Man soll öfter wählen, ohne allzu früh den Wahltermin zu kennen — so würden Wahlkämpfe ausgeschaltet. Dann würden die indifferenten Durchschnittswähler abgestoßen, übrigbliebe nur eine politische Elite, die nun echte Demokratie macht.

Nur war die als ideal bezeichnete Vorbedingung — häufige, im voraus nicht berechenbare Wahlen — in der Weimarer Republik bereits über jedes Soll hinaus erfüllt. In den 14 Jahren ihres Bestehens wurden die Wähler an die Urne gerufen: neunmal zu Wahlen für die Nationalversammlung und zum Reichstag, dreimal zu Präsidentenwahlen. Dazu kamen die zahlreichen Urnengänge für Landtags- und Kommunalwahlen. Anfang der dreißiger Jahre gab es in einzelnen Ländern acht und mehr Male Wahlen. Und das Ergebnis? Selbst Parteien mit zeitweilig betont politischem Charakter, wie die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei, schmolzen zusammen wie Butter in der Sonne. Die Wahlbeteiligung nahm nicht ab, sondern ständig zu. Mobilisiert wurde der Mob. Es folgten die 1000 Jahre . . . Wiederholung gefällig?

Artur Saternus, Freiburg

*

Die obige Schlagzeile im Heft 1/1961 wirkt im ersten Moment erschreckend, und der Schreck steigert sich noch, wenn man erfährt, daß *Alfred Horné* mit diesem Titel unsere westdeutsche bzw. sämtliche westlichen Demokratien gemeint hat. Der Autor verstößt mit

seinem Aufsatz gegen viele westliche Tabus. Er tut das offen und in einem trotzdem so disziplinierten Ton, daß der kritische Leser nur erfreut zur Kenntnis nehmen kann, daß endlich jemand in der Bundesrepublik den Mut hierzu gefunden hat.

Alfred Horné beschränkt sich glücklicherweise nicht darauf, aufzuzeichnen, wo es überall in unseren demokratischen Spielregeln nicht stimmt und wo die Demokratie völlig unglaubwürdig wird. Er macht anschließend konstruktive Vorschläge, die zwar sehr bestürzend sind, aber es durchaus verdienen, ernst genommen zu werden.

So schockierend auf den ersten Blick der Vorschlag, jedes Jahr Wahlen durchführen zu lassen, sein mag, so sehr gewinnt dieser Vorschlag bei gründlicherer Überlegung. In dem Schauspiel „Der beste Mann“ von *Core Vidal* ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, wie wenig in den USA der Wahlkampf noch mit einer politischen Überzeugung zu tun hat, und wir wissen aus den Berichten der Presse, daß Vidal kaum übertrieben, sondern nur die Realität dargestellt hat. Daß ein sich alle vier Jahre wiederholendes Schauspiel dieser Art die beste demokratische Grundhaltung der Wähler zu Tode reiten kann, bedarf kaum einer Begründung. Um wieviel mehr muß sich diese Art: des Wahlkampfes in der Bundesrepublik auswirken, wo es bei zahlreichen Wählern noch an der demokratischen Grundhaltung fehlt. Der Vorschlag von Alfred Horné, jedes Jahr wählen zu lassen und den Termin hierfür nur ganz kurzfristig bekanntzugeben, würde diese krankhaften Auswüchse des Wahlkampfes bedeutend vermindern. Selbstverständlich hat trotzdem jede Partei Möglichkeiten genug, die Wähler über ihr Programm und ihre Ziele zu unterrichten. Es steht ihr ja als Informationszeitraum das gesamte Jahr zur Verfügung. Es würde nur vermieden, daß sich aus einer sachlichen Wahl ein Wahlkampf in des Wortes übelstem Sinne entwickelt.

Dieser Vorschlag Hornes kann nicht mit dem Hinweis auf technische Schwierigkeiten abgetan werden. Bei dem heutigen Stand der Nachrichtenübermittlung und der Möglichkeit, für die Auszählung der Wahlen sich elektronischer Rechenapparate zu bedienen, wirkt ein Hinweis auf technische Schwierigkeiten wenig glaubwürdig. Es wäre noch zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig scheint, die einmal gewählte Regierung, die trotz der jährlichen Wahlen nach Hornes Vorschlag vier Jahre im Amt bleiben soll, schon nach drei Jahren sich neu bilden zu lassen, um den Durchschnittswahlzeitraum mit der Regierungsperiode in Übereinstimmung zu bringen. Wenn man dann noch rigoros auf die Ministerpensionen verzichtet, dürfte endlich das Zeitalter der „Berufsdemokraten“ zu Ende gehen.

Fred Grondey, Braunlage

„Demokratie und Denunziation“

Friedrich Heer hat in seinen Ausführungen (GM 1/1961) ein düsteres Bild unserer westdeutschen Demokratie gezeichnet. Und leider kann man dem Verfasser nicht guten Gewissens widersprechen; der unbestechliche Blick des nicht in der Bundesrepublik lebenden, aber leidenschaftlich an den bundesdeutschen Vorgängen interessierten Wiener Professors hat nur zu genau die vielen Schwächen unserer Demokratie erkannt. Es ist ein schwacher Trost, aus den historischen Reminiszenzen der Abhandlung entnehmen zu können, daß es in deutschen Landen selten besser um das zarte Pflänzchen menschlicher Freiheit bestellt war. Es erscheint im Gegenteil höchste Zeit, diese unselige Tradition zu durchbrechen, wenn unsere noch gar nicht so recht lebensfähig gewordene Demokratie nicht schon in den ersten Lenzen dahinwelken soll. Doch was kann geschehen?

Es bleibt nur zu hoffen, daß sich die ernsthaft an einer Erhaltung (bzw. Einführung) einer echten Demokratie interessierten Kräfte durch diesen Artikel zu weiterem Bemühen angestoßen fühlen. Hier soll nur noch auf einen der wichtigsten Punkte hingewiesen werden:

Denunziation in weitestem Sinne einschließlich des sogenannten „Rufmords“ ist nur möglich durch das Mitwirken der öffentlichen Meinung. Wer aber macht diese öffentliche Meinung, die so entscheidend in das Leben der Gesamtheit und auch einzelner Mitglieder dieser Gesamtheit eingreift? Sie bildet sich ja nicht aus sich selber heraus, sondern sie wird manipuliert, vorgeformt und in bestimmte Richtungen gelenkt. Die modernen Publikationsmittel geben einer verschwindend kleinen Gruppe von Menschen die Möglichkeit, die Meinung von Millionen zu formen und unauffällig in die gewünschte Richtung zu lenken. Wer sind die Menschen an den Schlüsselpositionen der Presse, des Funks und des immer mehr Bedeutung gewinnenden Fernsehens? Wie kamen sie zu ihren Positionen, und von wem sind sie abhängig? Fragen über Fragen, von denen die Öffentlichkeit kaum etwas weiß. Es gibt auch kaum Möglichkeiten, sich zu informieren. Über die Presse gibt *Pritzkolets* Buch „Wem gehört Deutschland“ (Kurt Desch Verlag/München 1957) einige Auskunft. Wo erfährt man mehr, vor allem über Funk und Fernsehen? Der immer noch schwelende Fernsehstreit zwischen Bund und Ländern läßt nicht vermuten, daß mit der demokratischen Kontrolle alles bestens bestellt ist.

Hier, bei der Frage nach der Kontrolle über die großen Publikationsmedien, liegt der neuralgische Punkt der Vernichtung oder Erhaltung der Demokratie. Hier gilt es, Publizität und nochmals Publizität zu fordern.

Herbert Borreck, Wilhelmshaven